



Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion

Siegmond Ehrmann, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Jakob-Kaiser-Haus
Raum 1351
Telefon 030 227 – 77 654
Fax 030 227 – 76 654
E-Mail: siegmund.ehrmann@bundestag.de

Wahlkreis
Hopfenstraße 4
47441 Moers
Telefon 02841 9980599
Fax 02841 9980588
E-Mail: siegmund.ehrmann@wk.bundestag.de

Wahlkreis
Südwall 38
47798 Krefeld
Telefon 02151 319650
Fax 02151 8207611
E-Mail: siegmund.ehrmann@wk2.bundestag.de

Berlin, 14. September 2010

Bericht aus Berlin 12/2010

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

I. Zur Lage

Die Koalition, die unser Land spaltet

Die Fortsetzung der sozialen Spaltung mit fiskalischen Mitteln - das ist der Kern des Haushalts, den die Bundesregierung in dieser Woche dem Parlament vorlegt. Angela Merkel kürzt bei den Schwachen und verteilt neue Privilegien an die wirtschaftlich Starken. Sie schneidet scharf in den Sozialhaushalt und kürzt bei der Integrationspolitik, präsentiert aber eine riesige Blase von Luftbuchungen, wo es zum Beispiel um die Beteiligung der Finanzwirtschaft geht. Schwarz-Gelb ist die Koalition der Klientelpolitik. Die Koalition verletzt auf fundamentale Weise die Gerechtigkeit. Sie gefährdet den inneren Frieden in Deutschland.

Der Haushalt enthält massive Einschnitte zu Lasten von Menschen, die nach Arbeit suchen und die Vermittlung der Bundesagentur für Arbeit brauchen. Alleinerziehenden ohne Erwerbseinkommen wird das Elterngeld gestrichen. Arbeitslose bekommen keinen Rentenversicherungsbeitrag und Geringverdiener keinen Heizkostenzuschuss mehr.

Zum selben Zeitpunkt wird bekannt, dass die Hypo Real Estate eine neue staatliche Garantie von 40 Milliarden Euro bekommt. Damit summiert sich die Absicherung dieser



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Bank mittlerweile auf 142 Milliarden - und mutet wie ein Fass ohne Boden an. Wir erwarten jetzt umfassende Aufklärung der Bundesregierung über diesen Schritt. Eine Missachtung des Parlaments durch Zurückhalten von Informationen wie bei der Eurokrise darf es nicht noch einmal geben.

Die konjunkturelle Erholung zur Mitte des Jahres war stark. Aber sie löst nicht die strukturellen Risiken und Gefahren, die uns die Finanzmarktkrise dramatisch vor Augen geführt hat. Daraus keine Lehre zu ziehen, wäre unverantwortlich. Die Lasten, die als Folge des Bankendesasters nach wie vor auf den öffentlichen Haushalten liegen, sind eine fortwährende Mahnung, die Neuordnung der Finanzmärkte nicht schleifen zu lassen.

Zur gerechten Lastenverteilung und zur Begrenzung kurzfristiger Spekulation gehört die Finanztransaktionssteuer. Die Koalition aber ist in dieser Frage zerstritten. Die FDP will diese Steuer nicht. Die Union setzt sich nur halbherzig dafür ein. Ob sie kommt, steht in den Sternen. Die in der Finanzplanung ab 2012 dafür einkalkulierten zwei Milliarden Euro sind ein Luftschloss des Finanzministers. Wir setzen den Kampf um die Finanztransaktionssteuer fort. Am 14. September werden wir mit einer Veranstaltung im Willy-Brandt-Haus auf die Notwendigkeit einer gerechten Beteiligung der Finanzbranche aufmerksam machen.

Privilegien für die Atomlobby, Bruch der Verfassung

Die energiepolitischen Beschlüsse, die Merkel und Westerwelle großspurig gefeiert haben, beginnen zu wanken: Umweltminister Röttgen sagt jetzt selbst, dass eine Laufzeitverlängerung im Umfang, wie sie den großen Versorgern zugesagt wurde, ohne Beteiligung der Länder die Verfassung bricht. Merkel will, dass die 17 Atommeiler bis zu 14 Jahre länger laufen. Und weil die zunehmende Einspeisung von Strom aus Erneuerbaren nicht ausreichend berücksichtigt wird, können die AKW ihre zugeteilten Strommengen pro Jahr nicht voll ausschöpfen. Einzelne Meiler werden somit bis 2040 laufen. Damit verheißt Merkel den vier Energiemonopolisten, die Deutschland unter sich aufgeteilt haben, selbst nach zurückhaltenden Berechnungen (mit konstantem Strompreis) Zusatzgewinne von rund 60 Milliarden Euro, von denen rund 30 Milliarden Nettoprofit auch bei Einführung einer Brennstoffsteuer verbleiben. Berechnungen des Öko-Instituts, die eine realistische Anhebung der Strompreise einkalkulieren, kommen auf noch wesentlich höhere Zusatzgewinne.

Mehr noch: Das Vorgehen der Bundesregierung grenzt in seiner erneuten Missachtung demokratischer Verfahren an einen politischen Skandal. In den frühen Morgenstunden des 6. September wurde ein geheim gehaltener Vertrag mit den Stromversorgern unterschrieben, der ein Geschäft der besonderen Sorte enthält. Die Kosten der Konzerne für Sicherheitsnachrüstungen werden pro Meiler auf 500 Millionen begrenzt.



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Was darüber hinausgeht, wird von den Zahlungen der Atomkonzerne für Erneuerbare Energien abgezogen. Eine Aufstellung des Bundesumweltministeriums kalkuliert bei einer Laufzeitverlängerung von 12 Jahren mit Nachrüstkosten zwischen 600 Millionen und 2 Milliarden Euro je Meiler. Der anrühige Geheim-Deal mit der Atomlobby verspricht also nichts anderes als einen Rabatt auf Sicherheit. Zum Jahrestag der Terrorangriffe vom 11. September wird klar, dass es keinen zusätzlichen Schutz der Atommeiler vor Flugzeugabstürzen geben wird. Ein Atomlobbyist bringt es auf den Spruch: „Am Sonntag war schönes Wetter!“ Auch das spaltet die Gesellschaft. Auch damit riskiert Merkel einen gesellschaftlichen Konflikt aufzureißen, den wir mit dem rot-grünen Atomkonsens schon beigelegt hatten.

Am 18. September ist Protesttag in Berlin, ein Tag, an dem wir gemeinsam mit gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen den von uns vor zehn Jahren durchgesetzten Atomausstieg verteidigen wollen. Merkels Atomdeal bringt Tausende von Tonnen zusätzlichen hochradioaktiven Abfall, für den es nach wie vor kein sicheres Endlager gibt. Merkels Atomdeal blockiert die Energiewende, denn der Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Investitionen der Kommunen in Kraft-Wärme-Koppelung werden erschwert. Merkels Atomdeal verletzt das Gebot des fairen Wettbewerbs, denn statt Wettbewerbsgleichheit für die Stadtwerke zu schaffen werden milliarden schwere Privilegien für vier Großunternehmen verschenkt. Merkels Atomdeal schafft keine Rechtssicherheit, denn er trägt mit rechtswidrigen Geheimabsprachen und der Umgehung des Bundesrates den Makel des Verfassungsbruchs in sich und wird - ich stimme dem ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier zu - vor dem Verfassungsgericht keinen Bestand haben.

Schwarz-Gelbe Heuchelei in der Integrationsdebatte

Der Haushalt, den wir diese Woche in erster Lesung behandeln, zeigt nicht zuletzt das Versagen von Schwarz-Gelb in der Integrationspolitik. Merkel redet viel von Integration, sie tut aber nichts dafür. Im Gegenteil, integrationspolitisch bedeutende Programme bei Bildung, Arbeit und städtischer Entwicklung werden systematisch zusammengestrichen. Integration fordern, aber bei Integrationspolitik streichen - das ist die Wahrheit der schwarz-gelben Gesellschaftspolitik. - Integration heißt früher Besuch einer Kita. Den Kommunen aber wurde über Steuergeschenke an Klientelgruppen das Geld genommen, um den Ausbau der frühkindlichen Bildung voranzutreiben.

- Integration heißt gute Berufsausbildung. Bei Maßnahmen zur Berufsorientierung und Ausbildungsförderung aber setzt Schwarz-Gelb den Rotstift an.
- Integration heißt, eine zweite Chance zu bekommen. Schwarz-Gelb kippt den Rechtsanspruch auf Nachholen des Schulabschlusses und ersetzt ihn durch eine Ermessensleistung, damit auch hier gekürzt werden kann.



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

- Integration heißt, dass ausländische Abschlüsse anerkannt werden. Doch Schwarz-Gelb kürzt die entsprechenden Haushaltsansätze im BMBF zur Anerkennung von Leistungen und Zertifikaten.
- Integration heißt Arbeit. Doch Schwarz-Gelb will ausgerechnet bei der Arbeitsvermittlung in den kommenden Jahren immer schärfer kürzen.
- Integration heißt soziales Miteinander im Stadtteil zu stärken. Doch SchwarzGelb kürzt in der Städtebauförderung und gefährdet das erfolgreiche Programm „Soziale Stadt“. Die FDP verhöhnte diesen Ansatz geradezu, als sie in der Haushaltsdebatte 2010 rief: „Die Zeit der Errichtung von Bibliotheken für Mädchen mit Migrationshintergrund ist vorbei. Das gab es zu Zeiten einer anderen Koalition!“

Die Alternative: Gerecht sparen, wachstumsorientiert konsolidieren

Wir legen unser Konsolidierungskonzept vor. Staatsverschuldung gerecht abbauen ist möglich, etwa durch Streichung von Privilegien und Rücknahme der Klientelpolitik, durch Streichung sinnloser oder schädlicher Subventionen, aber auch durch Heranziehung der Finanzbranche. Zugleich wollen wir Investitionen fördern, neues Wachstum ermöglichen und somit auch die Steuerbasis des Staates absichern.

Die Rückführung der Neuverschuldung kann nur *mit den Menschen* gelingen und nicht gegen sie. Nur wenn die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger überzeugt von Notwendigkeit und Maßnahmen ist, kann Konsolidierungspolitik erfolgreich sein. Nur wenn starke Schultern mehr tragen als schwache, kann Schuldenabbau gerecht sein. Nur wenn wir Zukunftsaufgaben finanzieren, kann Konsolidierung dauerhaft und nachhaltig sein. Für uns sind soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Zukunftsinvestitionen maßgeblich für jede konkrete Maßnahme. Schuldenreduzierung muss ökologisch sinnvoll und ökonomisch klug sein. Nur bei ökologisch und ökonomisch kluger Ausrichtung wird aus reiner Schuldenreduzierung eine *wachstumsorientierte Konsolidierungspolitik*.

Mit freundlichen Grüßen